

Basler Delegation am Prozess gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei

Am 18. Oktober begann in Diyarbakir im Osten der Türkei der Prozess gegen 151 kurdische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kader der inzwischen verbotenen kurdischen Partei DTP. Ihnen werden im Wesentlichen Verbindungen zur kurdischen Arbeiterpartei PKK und Gefährdung der Einheit des türkischen Staates vorgeworfen. Dass es sich hier um einen politischen Prozess handelt mit dem Ziel, die demokratische Artikulierung des kurdischen Widerstands zu schwächen, steht ausser Zweifel. Delegationen aus ganz Europa beobachten den Prozess. Am Eröffnungstag war auch eine Gruppe aus Basel anwesend.

Der politische Charakter des Prozesses wird bereits deutlich, wenn wir uns die Vorgeschichte vor Augen halten. Im März 2009 errang die kurdische Partei DTP anlässlich der Wahlen auf Gemeindeebene in der Türkei einen überragenden Sieg und wurde landesweit zur drittstärksten politischen Kraft. 14 Tage nach den Wahlen verkündete die kurdische Arbeiterpartei PKK einen einseitigen Waffenstillstand, um den Weg für eine politische Lösung der Kurdenfrage freizumachen. Nur einen Tag später setzte die Verhaftungswelle ein, und wenige Monate danach wurde die DTP verboten. Inzwischen sind rund 1'800 Mitglieder der DTP bzw. der Nachfolgepartei BDP in Haft oder stehen unter Anklage, darunter der gesamte Zentralvorstand der ehemaligen DTP sowie 11 demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Kaum eine andere Partei in Europa hätte einen derartigen Aderlass verkräftet. Doch der BDP ist es immer wieder gelungen, die Lücken zu schliessen. Den Parteivorsitz der BDP Diyarbakir beispielsweise hat aktuell der kurdische Schriftsteller Nijad Yaruk inne. Er ist der achte Parteipräsident innert zweier Jahre.

Abdullah Demirbas, Bürgermeister von Diyarbakir-Sur, zeigte der Basler Delegation eine Fotografie seiner Verhaftung. Darauf ist zu sehen, wie er und andere Verwaltungsmitglieder bis hin zu seinem Chauffeur in Handfesseln abgeführt werden. „Die Botschaft dieses Bildes ist klar“, sagt Demirbas, „wer als Kurde Politik macht, wird so enden.“ Auch Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir und ebenfalls angeklagt, betont, dieser Prozess richte sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen den demokratischen Prozess in den kurdischen Regionen der Türkei und letztlich gegen die kurdische Bevölkerung insgesamt.

Am Montag, 18. Oktober, versammelten sich Tausende vor dem Gerichtsgebäude in Diyarbakir, der grössten kurdischen Stadt im Osten der Türkei. Das Gebäude wird von 1'600 Polizisten, viele in Kampfmontur, bewacht und ist hermetisch abgeriegelt. Nur durch eine schmale Schleuse werden Prozessbeobachterinnen und -beobachter eingelassen, darunter auch zwei Vertreterinnen der Basler Delegation. Der Gerichtssaal ist viel zu klein, um alle Interessierten aufzunehmen. Die Menschenmenge vor dem Gebäude wächst während des Tages stetig an. Die kurdische Bevölkerung hat begriffen, dass dieser Prozess gegen sie gerichtet ist, und demonstriert eindrücklich ihre Solidarität.

Mit etlicher Verspätung beginnt der Prozess gegen die 151 Angeklagten. Die Inhaftierten werden hereingeführt, umzingelt von Polizisten. Unter ihnen ist auch Gülcihan Simsek, die ehemalige Bürgermeisterin von Van-Bostanici. Sie hat in ihrer Gemeinde mit Hilfe des Basler Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van eine Wäscherei eingerichtet, wo Frauen ihre Wäsche waschen, nähen und Kurse besuchen können. Das Haus ist zugleich ein wichtiger Treffpunkt

für die sonst oft isolierten Frauen. Simsek und die meisten anderen Angeklagten sind seit 18 Monaten in Haft.

Rund 300 Anwältinnen und Anwälte sind zur Verteidigung der Angeklagten angetreten. Alle Sprecherinnen und Sprecher verurteilen den politischen Charakter des Prozesses und zerpflücken die Anklage, die sich hauptsächlich auf Telefonabhörprotokolle stützt. Die Beweismittelbeschaffung sei illegal erfolgt, und die Hausdurchsuchungen hätten keinerlei Hinweise auf Verbindungen zu einer terroristischen Organisation zutage gefördert. Nicht einmal ein Messer habe man bei den Angeklagten gefunden. Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft sei absurd. So habe sie etwa die Teilnahme an einer Demonstration am internationalen Frauentag (8.3.) oder an Protestaktionen gegen den Ilisu-Staudamm als Beweis für die Unterstützung einer terroristischen Organisation angeführt. Da die Anklage auf derart wackligen Füßen stehe, seien die Angeklagten unverzüglich freizulassen. Sollte das Gericht diesem Antrag nicht folgen, sei den Angeklagten das Recht zu gewähren, sich auf Kurdisch – ihrer Muttersprache – zu verteidigen. Auch solle die 7500 Seiten starke Anklageschrift nicht verlesen werden, weil dies den Prozess unnötig in die Länge ziehen würde. Die Angeklagten seien schon zu lange unschuldig in Haft gewesen. Der Staatsanwalt empfiehlt die Anträge der Anwältinnen und Anwälte zur Ablehnung. Am nächsten Tag folgt das Gericht seiner Empfehlung. Der Prozess wird sich in die Länge ziehen.

An der Basler Delegation nahmen teil: Maya Heuschmann, Länderkoordinatorin Türkei Amnesty International Schweiz; Anne-Lise Hilty, Journalistin; Regula Menzi, Verein Städtepartnerschaft Basel-Van; Kaspar Birkhäuser, alt Landrat der Grünen Baselland; Martin Flückiger, Parteisekretär BastA!; Edibe Gölgeci und Tarik Kiriskoglu, beide Schweizerisch Kurdische Gemeinschaft. Aus Genf hat sich ausserdem Carlos Sommaruga, Nationalrat der SP, der Basler Delegation angeschlossen.